



China

## „Das Recht muss über dem Himmel stehen“ – China zwischen Staatsräson und Rechtsstaatlichkeit

Am 13. April 2009 veröffentlichte die chinesische Regierung den *National Human Rights Action Plan of China 2009-2010* mit dem Versprechen, „auch weiterhin die Menschenrechte im Land zu schützen und die Gesamtsituation zu verbessern.“<sup>1</sup> Mit dem umfangreichen Dokument reagierte man auf eine Reihe von Missständen, u.a. Fällen von Amtsmissbrauch, polizeilicher Gewalt, gewaltsamer Zwangsentzweiung sowie Todesfällen in Gefängnissen, die 2008 und Anfang 2009 an die Öffentlichkeit gelangt waren und setzte so vor allem ein innenpolitisches Zeichen.

Derzeit steht China aufgrund jüngster Gerichtsurteile erneut in der internationalen Kritik. In der westlichen Presse werden diese überwiegend als Fälle staatlicher Willkür und Repression dargestellt und sowohl die Schwere des Strafmaßes als auch die fehlende Bereitschaft internationale Einsprüche zu berücksichtigen werden als Demonstration des wachsenden Machtbewusstseins und einer gewollten Abgrenzung Chinas interpretiert. In der staatlichen chinesischen Presse und in offiziellen Verlautbarungen wird dagegen konstatiert, dass alle Urteile angemessen und entsprechend der Rechtsgrundlage gefällt worden seien. Man verwehrt sich gegen die „versuchte Einflussnahme in innere Angelegenheiten“.

Der in der westlichen Presse häufig erhobene Vorwurf der Missachtung der Menschenrechte wird mit dem Verweis auf Einzelfälle untermauert, offen bleibt dabei jedoch die Frage nach der dahinter stehenden systemischen Problematik. In diesem Beitrag werden skizzenhaft Vorfälle dargestellt und daran anknüpfend Defizite im Rechtsbereich aufgezeigt sowie gesellschaftliche Implikationen erörtert. Anhand der aktuellen Diskussion werden abschließend Tendenzen und Entwicklungsperspektiven thematisiert.

### Liu Xiaobo und die „Charta 08“

Am 23. Dezember 2009 wurde der politisch engagierte Schriftsteller Liu Xiaobo wegen „Anstiftung zum Umsturz der Staatsgewalt“ durch das „Abfassen und Verbreiten staatsfeindlichen Materials“ zu elf Jahren Haft verurteilt. Liu Xiaobo ist einer der Autoren der „Charta 08“, einem Dokument, in dem weit reichende soziale und politische Reformen gefordert werden. Dieses wurde zunächst von 303 Intellektuellen aus verschiedensten Bereichen unterzeichnet und dann vor allem online weitergeleitet, wo weitere 10.000 Personen durch Unterschriften ihre Zustimmung bekundeten.<sup>2</sup>

Zentrale Punkte des als Reformvorschlag formulierten Textes sind die Forderungen nach Gewaltenteilung, einer unabhängigen Justiz, mehr Transparenz, Umsetzung der von China anerkannten Menschenrechte inklusive der in der chinesischen Verfassung garantierten Organisations- und Meinungsfreiheit sowie Schritte zum Ausgleich der sozialen Ungerechtigkeit. Damit wurden Probleme und Anliegen aufgegriffen, die derzeit auch öffentlich diskutiert werden.<sup>3</sup> Doch es waren die Forderungen nach einem auf freien Wahlen basierenden demokratischen System und einem föderalstaatlichen Aufbau, der eine reale Autonomie der einzelnen Provinzen garantiert, die als Angriff auf das politische System und die Einheit des Landes gewertet wurden.

<sup>1</sup> [http://www.china.org.cn/archive/2009-04/13/content\\_17595407.htm](http://www.china.org.cn/archive/2009-04/13/content_17595407.htm), abgerufen am 13.04.2009

<sup>2</sup> <http://www.atimes.com/atimes/China/LB26Ad01.html>, abgerufen am 26.02.2010

<sup>3</sup> Übersetzung der „Charta 08“ im Volltext unter: <http://www.nybooks.com/articles/22210>, abgerufen am 05.03.2010

Das hohe Strafmaß kam dennoch überraschend. Liu hatte in Reformdebatten immer wieder betont, dass Veränderungen nur graduell und ohne Gewalt vollzogen werden könnten. Seine Anwälte fochten das Urteil mit der Begründung an, dass Liu nur das im chinesischen Gesetz verankerte Recht auf freie Meinungsäußerung in Anspruch genommen und keinesfalls zu umstürzlerischem Aktionismus aufgerufen habe. Das Gericht lehnte die von der Verteidigung vorgebrachten Einwände ab und bestätigte in der Revision das Urteil. Viele Erstunterzeichner der „Charta 08“ wurden im vergangenen Jahr polizeilich vernommen, einige berichteten über den Verlust der Arbeitsstelle. Strafverfolgung scheint allerdings niemandem zu drohen. Chinesische Rechtsexperten sehen darin eine weitere Bestätigung dafür, dass an Liu Xiaobo ein Exempel statuiert werden sollte.

Obwohl die chinesische Presse nicht über den Fall berichtete, versuchten vor allem Anwälte durch die Dokumentation des Falls im Internet auf Defizite im Prozessverlauf aufmerksam zu machen. Unterstützung erhielten sie von vier ehemals hochrangigen Parteikadern, die im Januar 2010 in einem offenen Brief an die Regierung betonten, dass die in der „Charta 08“ geforderten Punkte im Einklang mit den Aussagen des Parteiprogramms stünden, wie es nach der Gründung der VR China formuliert worden war.<sup>4</sup> Auch wenn sich der Staat seines historischen Hintergrunds scheinbar nicht mehr bewusst sei, sei er verpflichtet, die Rechte seiner Bürger auch dann zu schützen, wenn deren Positionen als konträr empfunden werden.

### **Tan Zuoren – „der gute Mensch von Sichuan“**

Auch der Herausgeber, Schriftsteller und Umweltaktivist Tan Zuoren wurde der „Anstiftung zum Umsturz der Staatsgewalt“ für schuldig befunden und am 12. August 2009 zunächst zu drei Jahren Haft verurteilt. Bekannt ist Tan Zuoren vor allem als Initiator von Hilfsaktionen nach dem Erdbeben in Sichuan 2008 und durch seine späteren Bemühungen, eine „Bürgeruntersuchung“ zur Bauqualität der eingestürzten Schulen durchzuführen und mit Hilfe von Fragebögen die Zahl und Namen der verstorbenen Kinder ausfindig zu machen. Er trat so für die Interessen der Eltern ein, die den Vorwurf erhoben, dass die bauliche Qualität aufgrund systematischer Korruption außer Acht gelassen worden war und lokale Kader daher mitverantwortlich an der hohen Zahl an Todesopfern unter Schulkindern seien. Tan, der den Begriff der „Tofu-Schulen“ mit prägte, erhielt bei seinen Nachforschungen große Unterstützung von der lokalen Bevölkerung und von Freiwilligen. Seine Untersuchungen setzte er selbst dann noch fort, als die Regierung öffentlich herausgestellt hatte, dass die Schulen allein aufgrund des Erdbebens eingestürzt seien.

Im Gerichtsprozess wurde ihm u.a. vorgeworfen, dass er in Interviews mit der internationalen Presse über die Situation nach dem Erdbeben berichtet und dabei durch „üble Nachrede das Ansehen der Partei beschädigt“ habe. Die Anklage konzentrierte sich dann jedoch auf seine wiederholten Versuche, die Vorfälle des 4. Juni 1989 auf dem Platz des Himmlischen Friedens zu diskutieren und in Aktionen an diese zu erinnern. Als zentrales Beweisstück seiner staatsfeindlichen Aktivitäten wurde sein 2007 auch im Ausland veröffentlichter Augenzeugenbericht über die Vorfälle auf dem Tiananmen-Platz aufgeführt sowie seine Korrespondenz mit anderen Aktivisten. Er habe offensichtlich mit „feindlichen Kräften im Ausland“ zusammengearbeitet, da er in Kontakt mit dem ehemaligen Studentenführer Wang Dan stand und dem von Falungong-Mitgliedern gegründeten Sender *Sound of Hope* ein Interview gegeben hatte. Durch all diese Handlungen habe er nicht nur das Vorgehen der Partei, sondern auch den Staat an sich in Frage gestellt. Vor allem aber habe er durch die Planung einer Gedenkveranstaltung für den 20. Jahrestag der Studentenunruhen „die öffentliche Sicherheit stark gefährdet“.<sup>5 6</sup>

Seine Anwälte erhoben Einspruch. Tan Zuoren habe zwar in Bezug auf einzelne Entscheidungen der Regierung in den vergangenen Jahrzehnten Kritik geübt, daraus ließe sich jedoch keinesfalls ableiten, dass er gegen den Staat an sich vorgehen wolle. Vielmehr habe er sich wiederholt in sozialen Projekten und Kooperationen mit staatlichen Stellen hervorgetan und sei für sein Engagement nach dem Erdbeben von den staatlichen Medien sogar „der gute Mensch von Sichuan“

<sup>4</sup> <http://www.guardian.co.uk/world/2010/jan/24/liu-xiaobo-communist-party-letter>, abgerufen am 25.01.2010

<sup>5</sup> Übersetzung der Anklage im Volltext unter: <http://chinadigitaltimes.net/2009/08/indictment-against-activist-tan-zuoren/>, abgerufen am 27.07.2009

<sup>6</sup> <http://www.faz.net/s/RubDDBDABB9457A437BAA85A49C26FB23A0/Doc-E1884E9EF45B049DD89FDDB7F3C5D15A3-ATpl-Ecommon-Scontent.html>, abgerufen am 05.02.2010

genannt worden. Der ausländischen Presse gegenüber habe er nie Aussagen getroffen, egal ob es sich um Lob oder Kritik handle, die er nicht auch Vertretern der chinesischen Presse gegenüber geäußert habe. Gegen den Anklagepunkt der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit wandte die Verteidigung ein, dass die als „potenziell gefährlich“ eingestufte Gedenkveranstaltung nie stattgefunden, eine reale Gefährdung daher also zu keinem Zeitpunkt bestanden habe. Tan Zuoren habe, so seine Anwälte, allein sein Recht auf freie Meinungsäußerung ausgeübt.<sup>7</sup>

Trotz des dezidierten Einspruchs wurde Tan Zuorens Strafmaß in der Revision auf 5 Jahre Haft heraufgesetzt. In der Urteilsbegründung wurden die Argumente der Verteidigung ohne weitere Erklärung als irrelevant verworfen, die Erhöhung des Strafmaßes wurde nicht kommentiert.<sup>8</sup> Auch der Prozessablauf löste Kritik aus. Wichtigen Zeugen der Verteidigung sowie Beobachtern und Journalisten wurde die Prozessteilnahme z.T. sogar gewaltsam verwehrt.<sup>9</sup> Beobachter sind der Ansicht, dass sein Aktivismus bezüglich einer Neubewertung der Studentenunruhen zum Vorwand genommen wurde, um ihn an der Fortsetzung seiner Untersuchung der „Tofu-Schulen“ zu hindern. Bei der Neuverhandlung wurden seine Recherchen im Erdbebengebiet, zunächst als versuchte Unruhestiftung in die ursprüngliche Anklageschrift aufgenommen, nicht mehr thematisiert.

### **Akmal Shaikh – Drogenschmuggler oder Betrugsoffer?**

Internationale Aufmerksamkeit und diplomatische Verwicklungen rief der Fall Akmal Shaikhs hervor, der am 29. Dezember 2009 wegen der illegalen Einfuhr von 4 kg Heroin in der chinesischen Provinz Xinjiang hingerichtet wurde, nachdem sein zweiter Antrag auf Revision abgelehnt worden war. Die chinesische Gesetzeslage sieht für den Drogenhandel Höchststrafen vor, insofern verteidigte das zuständige Gericht und die chinesischen Medien das Urteil als absolut gerechtfertigt.<sup>10</sup>

Die internationale Debatte um die Rechtmäßigkeit des Urteils drehte sich vor allem um die Forderung der Verteidigung den Angeklagten, der Opfer eines Betrugs geworden sei, als psychisch krank einzustufen. In China ordnet das Gericht eine psychologische Evaluation nur dann an, wenn ein ärztlich attestierter Nachweis über im Vorfeld bestehende psychische Probleme vorgelegt werden kann. Von der britischen Botschaft eingereichtes Material wie seine Korrespondenz, welches eine bipolare Störung nahe legte, wurde auf dieser Basis im Rahmen des Gesetzes abgelehnt. Schwerer wiegt hingegen der Vorwurf, dass das bereits 2007 in erster Instanz gefällte Urteil erst nach der Olympiade 2008 bekannt gegeben wurde, was der Familie und der Verteidigung Zeit genommen habe, Beweismaterial für die Verteidigung zusammenzutragen und damit einen schwerwiegenden verfahrenstechnischen Verstoß darstelle. Außerdem soll der Kontakt zwischen dem Angeklagten und seinen Angehörigen verhindert worden sein.<sup>11</sup> Besonders in diesem Fall interpretierte die westliche Presse das Urteil als Absage Chinas an internationale Standards und als Demonstration der Stärke. Immer wieder wurde die chinesische Regierung aufgefordert, dieses als ungerecht bezeichnete Urteil zu überprüfen.

„Die Unabhängigkeit des chinesischen Rechtswesens muss gewahrt bleiben“, schrieb hingegen Buo Siming, Rechtswissenschaftler der Hochschule des Zentralkomitees der KPCh, und gab damit den Grundtenor der chinesischen Presse wieder: Alle Straftäter seien vor dem Gesetz gleich zu behandeln und das Recht könne sich nicht dem politischen Druck aus dem Ausland beugen.<sup>12</sup> In Beiträgen wie „Das Zeitalter der extraterritorialen Rechte in China ist vorbei“<sup>13</sup> wurde zudem darauf verwiesen, dass der Fall Erinnerungen an den Opiumkrieg und die damaligen Sonderrechte für Ausländer aufkommen lasse. Trotz des Anspruchs auf juristische Unabhängigkeit lässt die

<sup>7</sup> Übersetzung der Verteidigungsschrift im Volltext unter: <http://chinadigitaltimes.net/2009/08/tan-zuorens-defense-statement/>, abgerufen am 18.08.2009

<sup>8</sup> Auszugsweise Übersetzung des Urteils unter: <http://sun-zoo.com/chinageeks/2010/02/11/translation-tan-zuorens-verdict/>, abgerufen am 11.01.2010

<sup>9</sup> <http://www.fccchina.org/2010/02/11/020910-police-in-chengdu-rough-up-reporters-covering-sentencing-of-sichuan-quake-activist/>, abgerufen am 15.02.2010

<sup>10</sup> [http://www.chinadaily.com.cn/bizchina/2009-12/30/content\\_9244881.htm](http://www.chinadaily.com.cn/bizchina/2009-12/30/content_9244881.htm), abgerufen am 15.01.2010

<sup>11</sup> <http://www.guardian.co.uk/world/2009/oct/11/briton-execution-china-smuggling-heroin>, abgerufen am 19.02.2010

<sup>12</sup> Bo Siming: Fragen der Rechtsanwendung im Fall Akmal Shaikhs (阿克毛事件的法律适用问题), in: Study Times (学习时报), vom 11.01.2010

<sup>13</sup> [http://www.chinadaily.com.cn/thinktank/2010-01/04/content\\_9262161.htm](http://www.chinadaily.com.cn/thinktank/2010-01/04/content_9262161.htm), abgerufen am 15.01.2010

Aufbereitung des Falls in den inländischen Medien darauf schließen, dass bei der Aufrechterhaltung und dem schnellen Vollzug die öffentliche Meinung im Inland Berücksichtigung fand.<sup>14 15</sup>

## Verfahrensverstöße und Unregelmäßigkeiten

Den genannten Fällen ist gemein, dass in verschiedenem Maße Unregelmäßigkeiten und Verfahrensverstöße erkennbar sind. Immer wieder werden Fälle dokumentiert, bei denen es zum Ausschluss der Presse, der Verweigerung von anwaltlichem Beistand, zur Zurückhaltung von Informationen und Ausschluss von Zeugen der Verteidigung kommt. Obwohl die Regierung gerade in „politisch sensitiven“ Fällen darauf bedacht ist, den Anschein von Rechtlichkeit zu wahren, gibt es Vorfälle, die sich aus rechtlicher Perspektive schlichtweg nicht erklären lassen.

So wurde dem politisch und sozial engagierten Shanghaier Wirtschaftswissenschaftler Feng Zhenghu im Zeitraum von Juni 2009 bis Februar 2010 die Einreise nach China verweigert, ohne Angabe von Gründen. Feng, ebenfalls ein Unterzeichner der „Charta 08“, hat sich in der Vergangenheit mehrfach für eine öffentliche Diskussion der Ereignisse des Tiananmen ausgesprochen. Seit 2008 setzt er sich vor allem für die Rechte von Petitionern ein, die im Rahmen der Baumaßnahmen im Vorfeld der Shanghaier EXPO zwangsenteignet wurden.<sup>16</sup> Feng, der zu Beginn des Jahres schon einmal ohne Erklärung für 41 Tage festgehalten wurde, unternahm insgesamt acht Versuche in sein Heimatland zurückzureisen. Viermal wurde er in Tokio am Besteigen des Flugzeugs gehindert, viermal wurde ihm in Shanghai ohne Erklärung die Einreise verweigert. Obwohl er ein Visum für Japan besaß, entschied er sich im November 2009, den Transitbereich des Tokioter Flughafens nicht mehr zu verlassen, um eine Reaktion der chinesischen Behörden zu erzwingen. Während der drei Monate, die er in der Sicherheitszone verbrachte, nutzte er seinen Laptop, um via Internet auf seine Situation aufmerksam zu machen.<sup>17</sup> Am 12. Februar 2010 konnte er endlich nach China zurückkehren. Als bisher einziges offizielles Statement sagte der Shanghaier Bürgermeister, dass jeder, der nach China einreise, sich auch an die Gesetze zu halten habe. Mit der Argumentation, dass dies ebenso für die staatlichen Institutionen des Landes gelte, reichte Feng nach seiner Rückkehr in Shanghai Klage ein.<sup>18</sup>

Dank seiner besonderen Situation und der Aufmerksamkeit, die internationale Medien seinem Fall schenkten, konnte Feng sein Ziel erreichen, doch ist diese Form der „inoffiziellen Ausbürgerung“ kein Einzelfall.<sup>19</sup> Ebenso kommt es vor, dass trotz gültiger Papiere aus politischen Gründen die Ausreise von als systemkritisch eingestuften Personen erschwert oder unterbunden wird, wie es im vergangenen Jahr im Vorfeld der Frankfurter Buchmesse vorkam. Anfang März wurde der Schriftsteller Liao Yiwu in letzter Minute aus dem Flugzeug eskortiert und an der Reise nach Deutschland gehindert. Seitdem steht er unter Hausarrest, ohne dass rechtliche Vorwürfe gegen ihn erhoben wurden. Liao Yiwu wird als persona non grata behandelt und hat in China Veröffentlichungsverbot, seitdem er 1989 das Gedicht „Massaker“ verfasste.<sup>20</sup>

Kein Fall illustriert den labilen Schutz der Rechte politischer und sozialer Aktivisten besser als das ungeklärte Verschwinden des Anwalts und Menschenrechtlers Gao Zhisheng, der am 4. Februar 2009 von Ordnungskräften mitgenommen wurde, ohne, dass seitdem formal Anklage erhoben worden wäre. Außer einem Telefonat im vergangenen September hatten seine Angehörigen keinen Kontakt zu ihm. Gaos Konflikte mit den Behörden begannen 2004, als er sich als Anwalt mit der Verteidigung von Falungong-Anhängern beschäftigte und Fälle schwerer Misshandlung von Mitgliedern durch staatliche Behörden aufdeckte. Daraufhin trat er aus der Partei aus und richtete eine Reihe offener Briefe an Wen Jiabao und Hu Jintao, in denen er sich scharf gegen die Verletzung von Grundrechten aussprach. 2006 wurde seine Kanzlei zwangsweise geschlossen und Gao wegen „Anstiftung zum Umsturz der Staatsgewalt“ zu einer Haftstrafe verurteilt. Danach sah

<sup>14</sup> [http://news.xinhuanet.com/english/2009-10/16/content\\_12246787.htm](http://news.xinhuanet.com/english/2009-10/16/content_12246787.htm), abgerufen am 15.01.2010

<sup>15</sup> <http://www.newsweek.com/id/229239>, abgerufen am 16.01.2010

<sup>16</sup> <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2010/02/12/AR2010021205011.html>, abgerufen am 22.02.2010.

<sup>17</sup> <http://globalvoicesonline.org/2009/11/22/china-and-japan-feng-zhenghu-at-narita-airport/>, abgerufen am 30.11.2009.

<sup>18</sup> Will Clem: Activist stranded in airport for three months files suit, in: South China Morning Post, vom 24.02.2010.

<sup>19</sup> <http://www.welt.de/debatte/kolumnen/Meine-Woche/article6060938/China-und-die-Buergerrechtler-wie-in-der-DDR.html>, abgerufen am 24.02.2010.

<sup>20</sup> [http://www.fr-online.de/in\\_und\\_ausland/kultur\\_und\\_medien/feuilleton/?em\\_cnt=2377722&em\\_cnt\\_page=1](http://www.fr-online.de/in_und_ausland/kultur_und_medien/feuilleton/?em_cnt=2377722&em_cnt_page=1), abgerufen am 05.03.2010.

sich seine Familie starken Repressionen ausgesetzt, er selbst wurde körperlich schwer misshandelt, was er trotz Todesdrohungen bekannt machte.<sup>21 22</sup>

Auf ihre Nachfrage erhielten seine Angehörigen Anfang Januar 2010 die Antwort, dass Gao im September vergangenen Jahres „einen Spaziergang“ gemacht und sich dabei „verlaufen“ habe.<sup>23</sup> Auf eine Antwort gedrängt gab der Sprecher des Außenministeriums Ma Zhaoxu an, dass Gao „dort sei, wo er sein solle“. In einem weiteren Briefing für die internationale Presse Ende Januar erklärte er jedoch: *„Ehrlich gesagt weiß ich nicht, wo er sich befindet. China hat eine Bevölkerung von 1,3 Mrd. und ich kann nicht wissen, wo sich all diese Personen befinden.“*<sup>24</sup> Die Unsicherheit über seinen Verbleib wurde gesteigert durch eine Verlautbarung der chinesischen Botschaft in Washington, die besagte, dass Gao mittlerweile in Urumqi arbeite und mit seiner Familie in Kontakt stehe. Seine Frau tritt dies Ende Februar in einem Statement ab und forderte eine Untersuchung der Vorgänge durch die chinesischen Behörden.<sup>25</sup> Mitte März teilte Außenminister Yang Jiechi mit, dass Gao wegen Subversion verurteilt worden sei. Unklar ist, ob es sich dabei um die 2006 auf Bewährung ausgesetzte Strafe handelt. Auch sein Verbleib ist weiterhin ungeklärt.<sup>26</sup>

## Primat der Partei

Hinter all den skizzierten Fällen verbirgt sich ein tiefgreifendes Problem des heutigen China – der Grundkonflikt zwischen Staatsräson und Rechtstaatlichkeit.

Grundlegende Bürgerrechte wie die Meinungs-, Religions-, Informations- und Versammlungsfreiheit sowie das Wahlrecht sind formell auch in der chinesischen Verfassung verankert, die 1982 verabschiedet wurde.<sup>27</sup> Nach dem Ende der Mao-Ära begann man 1979 mit dem Wiederaufbau des Justizsystems, nahm die Ausbildung im juristischen Bereich wieder auf und etablierte das Rechtssystem als wichtiges Instrument der Umsetzung der Parteipolitik. Besonders unter Xiao Yang, der von 1993 bis 1998 Justizminister war und im Anschluss bis 2008 Vorsitzender des Obersten Volksgerichtshofs, kam es im Rechtssystem zu einer Professionalisierung.<sup>28</sup> Der ausgewiesene Rechtswissenschaftler setzte sich in seiner Amtszeit aktiv für die Förderung juristischer Autonomie ein, was Beobachter im In- und Ausland hoffen ließ, dass staatlicher Einflussnahme in Zukunft klare Grenzen gezogen würden. Einhergehend mit den Reformen nahm sich eine steigende Zahl von Anwälten der Verteidigung der in der Verfassung garantierten Grundrechte an.

Im Jahr 2006 betonte Präsident Hu Jintao in einer Ansprache:

*„Rule of law is a fundamental ruling method of the Party under the current situation. [...] The Party should govern and construct the country according to law, lead the people to make rules and set good examples for obeying rules. Only when the whole society realizes the rule of law, can the people effectively construct their country under the leadership of the Party.“*<sup>29</sup>

Seither finden die Redewendungen „Herrschaft des Rechts“ und „in Übereinstimmung mit dem Recht“ häufig ihren Niederschlag in den Reden führender Politiker, meist bezogen auf die Notwendigkeit eines verlässlichen Rechtssystems als Basis des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritts. Doch ein Kurswechsel deutete sich bereits 2007 in einer weiteren Rede Hu Jintaos an. Bei der nationalen Konferenz für Politik und Recht hob dieser hervor:

*„In their work, the grand judges and grand procurators shall always regard as supreme the party's cause, the people's interest and the constitution and laws.“*

Damit prägte er die Doktrin der „Drei Primat“. Auch wenn Hu selbst keine Hierarchisierung der Wertigkeit vornahm, gab Wang Shengjun, seit 2008 Vorsitzender des Obersten Volksgerichts-

<sup>21</sup> [http://www.hrichina.org/public/contents/press?revision\\_id=126661&item\\_id=126636](http://www.hrichina.org/public/contents/press?revision_id=126661&item_id=126636), abgerufen am 23.02.2010.

<sup>22</sup> Paul Mooney: Where is Gao Zhisheng?, in: South China Morning Post, vom 21.02.2010.

<sup>23</sup> <http://www.welt.de/politik/ausland/article5903546/Chinesischer-Buergerrechtler-verschwindet-spurlos.html>, abgerufen am 22.01.2010.

<sup>24</sup> <http://www.nytimes.com/2010/02/03/world/asia/03dissident.html?fta=y>, abgerufen am 04.02.2010.

<sup>25</sup> <http://blogs.wsi.com/chinarealtime/2010/02/18/the-latest-on-gao-zhisheng-working-in-urumqi/tab/article/>, abgerufen am 24.02.2010.

<sup>26</sup> <http://www.washingtonexaminer.com/world/chinese-foreign-minister-says-missing-lawyer-gao-zhisheng-sentenced-on-subversion-charges-87749117.html>, abgerufen am 22.03.2010.

<sup>27</sup> <http://english.peopledaily.com.cn/constitution/constitution.html>, abgerufen am 15.03.2010.

<sup>28</sup> [http://www.chinavivae.com/biography/Xiao\\_Yang/full](http://www.chinavivae.com/biography/Xiao_Yang/full), abgerufen am 10.03.2010.

<sup>29</sup> [http://www.chinadaily.com.cn/china/2006-07/03/content\\_632136.htm](http://www.chinadaily.com.cn/china/2006-07/03/content_632136.htm), abgerufen am 10.03.2010.

hofs, Mitte 2009 Richtlinien hinsichtlich der Rangordnung an Gerichte und Anwälte weiter. Die oberste Pflicht sei, der Partei zu folgen und diese beim Aufbau einer harmonischen Gesellschaft zu unterstützen. Um ihre Funktion als „Gerichte des Volkes“ zu erfüllen, sei bei juristischen Entscheidungen zudem die öffentliche Meinung zu berücksichtigen.<sup>30 31</sup> Vereinzelt wurde dezidierte Kritik geäußert, wie etwa von dem bekannten Rechtswissenschaftler He Weifang, der hervorhob: „Die Parole der ‚Drei Primate‘ ist unangemessen und kann als ideologische Richtlinie für die Justiz nur schwerwiegende Probleme in der Rechtspraxis mit sich bringen und hat es sogar schon getan“. Andere bemühen sich seitdem potentielle Widersprüche aufzuheben, indem sie bei der Anwendung dieses Leitfadens daran festhalten, dass die Wahrung der Rechtsvorschriften schließlich sowohl im primären Interesse der Partei als auch des Volkes sei.<sup>32</sup>

Doch angesichts von Großereignissen nationaler Bedeutung wie den Olympischen Spielen und dem 60. Jahrestag der Staatsgründung wurde der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung absolute Priorität eingeräumt. Vor diesem Hintergrund kam es zu einer weiteren Einschränkung der Handlungs- und Entscheidungsspielräume von Anwälten und Gerichten. Vermehrt wurden Gerichtsinstanzen dazu angehalten, den Verdacht auf Rechtsverstöße bei brisanten Fällen zu übergehen. Befürchtet wird, dass bei einer rechtlichen Auseinandersetzung und der damit einhergehenden öffentlichen Debatte der Eindruck eines flächendeckenden staatlichen Versagens entstehen könnte. So wurden z.B. trotz des nachgewiesenen Versagens staatlicher Kontrollbehörden im Zusammenhang mit dem Melaminskandal und der baulichen Qualität von Schulgebäuden im Erdbebengebiet Sichuan Gerichte angehalten, Klagen der Betroffenen abzuweisen.

Derartige Eingriffe zur Sicherung der sozialen Stabilität können jedoch eine ungewollte Eigendynamik entfalten. Mehrere Eltern und Aktivisten, die bezüglich des Melamin-Skandals oder der „Tofu-Schulen“ versuchten, Verfahren anzustrengen und ihre Rechte einzufordern, wurden in den vergangenen Monaten festgenommen oder strafrechtlich verfolgt.<sup>33 34</sup> Huang Qi, ein Aktivist, der Beweismaterial über Baumängel in Sichuaner Schulen sammelte, wurde im Dezember 2009 wegen des „Besitzes und der Weitergabe von Staatsgeheimnissen“ zu drei Jahren Haft verurteilt.<sup>35</sup>

## Sinkendes Vertrauen in das Rechtssystem

Landesweit stehen Beamte unter immensum Druck wirtschaftliche Erfolge vorzuweisen. Dabei wird oft eine rein auf schnelles Wachstum ausgerichtete Politik verfolgt, die im Ergebnis zu Korruption, Missachtung der Eigentumsrechte und Umweltvergehen führt und dadurch gesellschaftliche Spannungen hervorruft. Gleichzeitig sind Beamte jedoch gehalten, keine sozialen Unstimmigkeiten aufkommen zu lassen. Da jede Form von Auseinandersetzung – auch legaler Natur – zwischen Staat und Bürger als Versagen der lokalen Regierungsarbeit ausgelegt werden könnte, sind Kader darauf bedacht, sichtbare Differenzen zu vermeiden. Das Ergebnis dieser widersprüchlichen Anforderungen zeigt sich auch in den häufigen Konflikten um Zwangsenteignungen, die im vergangenen Jahr die Presse beherrschten.<sup>36</sup> Anwohner wurden zunächst gezwungen, für als öffentlich ausgewiesene Projekte ohne oder gegen geringe Entschädigung ihre Wohnung oder ihr Land zu räumen.<sup>37</sup> Versuchten sie, ihre Rechte einzuklagen oder einzufordern, drohten z.T. schwere Repressalien. Wiederholt gab es bei Folgekonflikten Schwerverletzte und Tote.<sup>38</sup>

Die Krux des chinesischen Rechtswesens besteht darin, dass politische Imperative wie die „Drei Primate“ auf alle Ebenen heruntergebrochen werden können. Dabei werden die Interessen lokaler Kader als deckungsgleich mit den Interessen der Partei deklariert und der Staatsapparat genutzt, um diese mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln durchzusetzen. Rechtliche Unterstützung wird oftmals systematisch verweigert. Denn der Instanzenweg sieht vor, dass bei Interessenkonflikten

<sup>30</sup> [http://www.hngf.gov.cn/news/news\\_detail.asp?newsid=2008-3-24-10-6-33](http://www.hngf.gov.cn/news/news_detail.asp?newsid=2008-3-24-10-6-33), abgerufen am 10.03.2010.

<sup>31</sup> <http://www.cnfdzqq.com/article/show.asp?id=997>, abgerufen am 10.03.2010.

<sup>32</sup> [http://lawprofessors.typepad.com/china\\_law\\_prof\\_blog/2009/08/he-weifang-versus-chinas-legal-establishment-on-the-three-supremes.html](http://lawprofessors.typepad.com/china_law_prof_blog/2009/08/he-weifang-versus-chinas-legal-establishment-on-the-three-supremes.html), abgerufen am 12.03.2010.

<sup>33</sup> <http://www.timesonline.co.uk/tol/news/world/asia/article6928412.ece>, abgerufen am 04.02.2010.

<sup>34</sup> <http://www.guardian.co.uk/world/2010/feb/03/china-contaminated-milk-campaign-social-disorder>, abgerufen am 05.02.2010.

<sup>35</sup> <http://www.timesonline.co.uk/tol/news/world/asia/article6928412.ece>, abgerufen am 20.03.2010.

<sup>36</sup> <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2010/01/29/AR2010012902990.html>, abgerufen am 03.02.2010.

<sup>37</sup> Mimi Lau: Dozens held as 1,000 police end land-use protest, in: South China Morning Post, vom 08.01.2010.

<sup>38</sup> [http://www.danwei.org/real\\_estate/pizhou\\_land\\_controversy.php](http://www.danwei.org/real_estate/pizhou_land_controversy.php), abgerufen am 05.02.2010.

zwischen Staat und Bürgern zunächst die lokale Gerichtsinstanz angerufen werden muss, danach kann nur noch auf der nächst höheren Ebene ein gerichtliches Urteil angestrebt werden.<sup>39</sup> Aufgrund lokaler Netzwerke besteht jedoch die Gefahr, dass Urteile nicht auf gesetzlicher Grundlage gefällt oder Fälle von Gerichten erst gar nicht angenommen werden. Diese systemimmanenten Faktoren führen dazu, dass reale Missstände ignoriert werden und Klagen ungeklärt bleiben. Im Ergebnis wird die im Namen der Stabilität geforderte mangelnde Unabhängigkeit der Justiz selbst wieder zur Ursache für das sinkende Vertrauen der Bevölkerung in staatliche Institutionen.

So kann es geschehen, dass Selbstjustiz als letztes Mittel gesehen wird: Am 23. September 2008 erstach der damals 19-jährige Zhang Xuping den Parteisekretär der Gemeinde Xiashuixi. Seine Familie und viele Bewohner der Gemeinde sahen den Mord als gerechtfertigt an, er habe heldenhaft gehandelt und sich für das Wohl der Gemeinschaft geopfert. Der Parteisekretär Li Shiming hatte über viele Jahre hinweg seine Position ausgenutzt und sich bereichert, indem er mit Hilfe von Schlägerbanden Land an sich riss und verkaufte. Zhangs Familie gehörte zu den Betroffenen. Als sie versuchten, ihre Rechte und ihren Besitz zu verteidigen, wurden sowohl die Mutter als auch der damals 15-jährige Zhang wegen Aufruhr und Subversion festgenommen. Nach Aussagen der Familie wurden beide wiederholt schwer körperlich misshandelt. Trotz der Tatumstände wurde Zhang am 13. Januar 2010 zum Tode verurteilt. Seine Familie hat ein Petitionsschreiben aufgesetzt und in umliegenden Dörfern bislang ca. 21.000 Unterschriften gesammelt. Viele Petitionsunterzeichner gaben an, selbst unter den Repressionen lokaler Kadern gelitten zu haben.<sup>40</sup>

Die Eskalation dieses Falls ist exemplarisch. In vielen Fällen werden Bürger, denen der Rechtsweg verschlossen bleibt, unter dem Siegel des „Aufruhrs“ oder der „Subversion“ kriminalisiert, sobald sie versuchen, durch andere legale Formen des Protests wie Petitionen auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Auch Zhangs Mutter soll nach eigenen Angaben mehrfach versucht haben, Opfer von Lis Machenschaften zu organisieren und in die nächste Kreisstadt zu führen, um eine offizielle Petition einzureichen – allerdings erfolglos. Bezeichnend ist das generelle Misstrauen in lokale Kader, dass sich in der hohen Zahl von Unterschriften spiegelt.

### **Anstieg von Petitionen und Massenvorfällen**

Aufgrund des sinkenden Vertrauens in den Justizapparat steigt die Anzahl von Petitionen. Das Petitionssystem dient der Korrektur staatlicher Fehlentscheidungen und soll Rechtssuchenden eine alternative Chance bieten. Petitionsstellen haben die Befugnis, Entscheidungen zu fällen und sogar Urteile zu revidieren. Doch auch diese sind nicht unabhängig, sondern an die lokale bzw. regionale Verwaltung angebunden, wodurch weitere Verwicklungen entstehen können. Die Anzahl eingereicherter Petitionen wird als Bewertungsmaßstab der Regierungsarbeit lokaler und regionaler Behörden herangezogen und spielt auch bei der Vergabe finanzieller Mittel eine Rolle. So sind nicht nur Beamte, die sich etwas haben zu Schulden kommen lassen, motiviert, Beschwerden zu unterbinden. Da für Petitionen gilt, dass sie im zuständigen Verwaltungskreis eingereicht und bearbeitet werden müssen, greifen zudem auch hier lokale institutionelle Verflechtungen. Nach einer Studie von Prof. Yu Jianrong (CASS) aus dem Jahr 2004 hatten nur drei von zweitausend Petenten Erfolg mit ihren Anträgen. Doch selbst wenn sich Petenten in der Hoffnung auf ein objektives Urteil direkt an Petitionsstellen auf Stadt-, Provinz- oder Landesebene wenden, verbessern sich ihre Chancen kaum.<sup>41</sup> Denn es sind nicht nur die lokalen Kader, die wegen Amtsmissbrauch und Vernachlässigung der sozialen Stabilität ihre Posten verlieren können, auch Beamte der lokalen Petitionsbehörden werden zur Verantwortung gezogen, wenn ein Fall auf höherer Ebene erneut vorgebracht wird. Immer wieder kommt es daher vor, dass bei den Petitionsstellen eingereichte Anträge aus den Akten verschwinden oder persönliche Daten der Petenten weitergegeben werden.

Hervorgerufen durch die steigende Zahl von Petenten, die versuchen, Verwaltungsebenen zu „überspringen“ und direkt auf höherer Ebene Anträge einzureichen, hat sich ein immer weitläufigeres Netzwerk aus Behörden, staatlichen Ordnungskräften, angeheuerten Bewachern und „Kopf-

<sup>39</sup> <http://www.lawinfochina.com/law/display.asp?id=5623&keyword>, abgerufen am 09.03.2010.

<sup>40</sup> Steve Ribet: Death of a tyrant, in: Post Magazine, Beilage der South China Morning Post, vom 10.01.2010.

<sup>41</sup> <http://www.ccsenet.org/journal/index.php/jpl/article/view/380/341>, abgerufen am 18.03.2010.

geldjägern“ etabliert, um Petitionen und Aktivisten am Verlassen ihres Wohnorts zu hindern bzw. vor höheren Petitionsstellen abzufangen. Eine Reihe von Fällen wurde bekannt, in denen Petitionen ihrer Freiheit beraubt, monatelang in „schwarzen Gefängnissen“ festgehalten und z.T. misshandelt wurden, bevor man sie gehen ließ oder in ihre Heimatregion rücküberführte – nachdem sie zugestimmt hatten, ihre Anliegen nicht mehr weiter zu verfolgen. Besonders in Peking verschärfte sich die Situation, da viele Petitionen zu wichtigen politischen Anlässen bei den zentralen Stellen in Peking Gerechtigkeit suchen. Dennoch waren diese „schwarzen Gefängnisse“ lange Zeit ein Tabu-Thema und wurden in der Presse kaum aufgegriffen. Dies änderte sich Ende 2009 mit einem Beitrag in *Outlook*, einer einflussreichen staatlichen Publikation, der die Missstände beleuchtete.<sup>42</sup> Die öffentliche Diskussion eines Themas in der Presse wird immer auch als Eingeständnis der Problematik seitens der Zentralregierung interpretiert. Zuvor verbreiteten sich Informationen überwiegend durch Mundpropaganda und das Internet.

Ma Huaide, Vize-Dekan der China University of Politics and Law, beleuchtet in einem viel diskutierten Beitrag die Frage, warum bei sozialen Konflikten immer häufiger durch Petitionen nach einer Lösung gesucht wird und warnt vor den sozialen Implikationen dieser steigenden Tendenz. Seiner Ansicht nach kann dies nicht in jedem Fall mit der vorangegangenen Beugung des Rechtssystems erklärt werden, vielmehr erscheine vielen Bürgern aufgrund mangelnden Vertrauens in die Justizbehörden mittlerweile das Petitionieren als erfolgversprechender. Der Rechtsweg werde nicht mehr ausgeschöpft, stattdessen strömten die Bürger direkt zu den Petitionsstellen. Doch laut Ma führen Gegenmaßnahmen der Lokalregierungen, die mit rechtswidrigen Methoden Petitionen unterbinden und einen zeitweiligen Frieden erkaufen, zu einem Wandel der Vorgehensweise der Petitionen. Um dem eigenen Anliegen Nachdruck zu verleihen, gelte es für viele, soviel Aufmerksamkeit wie möglich zu erregen, was soziale Spannungen noch verschärfe. Um diesem Trend entgegenzuwirken, fordert er eine Anbindung der Petitionsstellen an das Rechtssystem und rät zu einer Reform der gerichtlichen Entscheidungsprozesse, damit Fälle auf dem Instanzenweg eine Lösung finden können.<sup>43</sup>

Der Rechtsexperte He Weifang fordert hingegen schon seit Jahren, das bestehende Petitionssystem abzuschaffen und die Autonomie des Rechtssystem zu stärken. Durch das Petitionssystem würden sowohl der Gültigkeitsanspruch des Rechts als auch das Vertrauen der Bürger in das Justizsystem untergraben. Nur durch wirkliche juristische Unabhängigkeit könnten negative Kreisläufe der Vertuschung von Missständen und der Verteidigung unrechtmäßiger Entscheidungen verhindert werden, die letzten Endes immer zum Schaden des Rechtssuchenden seien.<sup>44</sup> Denn die mangelnde Rechtssicherheit und das tief sitzende Gefühl sozialer Ungerechtigkeit schaffen eine spannungsgeladene Atmosphäre, in der der Generalverdacht staatlicher Manipulation und Korruption jederzeit zu massiven Unruhen führen kann. So blockierten beispielsweise im vergangenen Jahr in Shishou, Hubei Zehntausende für mehrere Tage Teile der Innenstadt aufgrund eines ungeklärten Todesfalls.<sup>45</sup> Daten über Häufigkeit und Umfang sozialer Unruhen sind lückenhaft, doch auf Basis offizieller Angaben von 2006 kann davon ausgegangen werden, dass sich jährlich mehr als 20.000 „Massenvorfälle“ ereignen, bei denen 1.000 oder mehr Personen beteiligt sind.<sup>46</sup> Wissenschaftler der Chinese Academy for Social Sciences (CASS) stellten fest, dass die Zahl der Massenvorfälle auch im Jahr 2009 gestiegen ist, genaue Zahlen wurden jedoch nicht genannt. Als Hauptursachen sozialer Spannungen wurden die hohe Einkommensdisparität, Konflikte um Landnutzung und Zwangsabriss sowie Umweltvergehen verantwortlich gemacht.<sup>47</sup>

Beim diesjährigen Nationalen Volkskongress im März wurde in einem Antrag die Einbeziehung von Massenvorfällen in die Verantwortlichkeit der Petitionsstellen gefordert. Deren Aufgabe sei es per Definition, die „Verbindung zu den Massen aufrecht zu halten“. Viele der Konflikte, die sich zu Massenvorfällen entwickelten, hätten im Vorfeld durch Petitionsstellen erkannt und gelöst werden

<sup>42</sup> [http://www.huffingtonpost.com/2009/11/25/liaowang-state-run-magazi\\_n\\_370994.html](http://www.huffingtonpost.com/2009/11/25/liaowang-state-run-magazi_n_370994.html), abgerufen am 26.11.2009.

<sup>43</sup> Ma Huaide: Der Verlagerung von dem Vertrauen auf Petitionen statt auf das Rechtssystem muss höchste Aufmerksamkeit gewidmet werden (‘‘信访不信法’’的现象值得高度警惕), in: Study Times (学习时报), vom 25.01.2010.

<sup>44</sup> [http://www.chinadaily.com.cn/english/doc/2005-11/15/content\\_494790.htm](http://www.chinadaily.com.cn/english/doc/2005-11/15/content_494790.htm), abgerufen am 20.03.2009.

<sup>45</sup> [http://www.zonaeuropa.com/20090621\\_1.htm](http://www.zonaeuropa.com/20090621_1.htm), abgerufen am 08.03.2010.

<sup>46</sup> [http://sinolaw.typepad.com/chinese\\_law\\_and\\_politics\\_/2007/03/are\\_mass\\_incide.html](http://sinolaw.typepad.com/chinese_law_and_politics_/2007/03/are_mass_incide.html), abgerufen am 08.03.2010.

<sup>47</sup> Cass Blue Book: Society of China 2010 – Analysis and Forecast, Hg: Chinese Academy of Social Sciences, Beijing 2009.



müssen.<sup>48</sup> Gegen diesen Antrag spricht sich Yu Jianrong, Direktor des Forschungsinstituts für soziale Angelegenheiten der CASS, vehement aus.<sup>49</sup> Er vertritt die Position, dass dieser Antrag die vielschichtigen Ursachen für Massenvorfälle völlig außer Acht lässt. Neben der derzeitigen Entwicklungsphase hätten strategisch-politische Faktoren wie die Unausgewogenheit im sozialen System und die mangelnde Kontrolle der öffentlichen Gewalt dazu geführt, dass sich nicht nur eine gravierende Disparität zwischen arm und reich, sondern ein kollektives Gefühl der „Rache an Beamten und Reichen“ entwickelt habe. Er ist der Ansicht, dass es in den meisten Auseinandersetzungen zwischen Staat und Bürgern zunächst um finanzielle Interessen geht. Verteidigt werden die Rechtsansprüche auf die Vergütung erbrachter Leistungen, Sozialleistungen und faire Entschädigung bei Enteignungen, die generelle Rechtmäßigkeit bestehender Gesetzesvorschriften würden jedoch nicht hinterfragt. Können Ansprüche aufgrund mangelnder juristischer Autonomie nicht auf dem Rechtsweg erstritten werden, wende man sich dem Petitionssystem zu. Dieses habe sich infolgedessen zu einem wichtigen Organ der Lösung von Interessenkonflikten entwickelt, dem ein hohes Maß an politischer Verantwortung aufgebürdet wird. Mit der Forderung, Massenvorfälle in die Verantwortlichkeit der Petitionsstellen zu geben, erkläre man diese nicht nur zum Allheilmittel für gesellschaftliche Konflikte, sondern folge weiterhin der Logik eines Systems, in dem interner Druck auf Behörden als Garant für die Einhaltung von Vorgaben dient. Ein derartiger Schritt sei kontraproduktiv und könnte zu einer Verschärfung der Probleme führen. In China, so Yu, verfolge man derzeit das Ziel einer „unnachgiebigen Stabilität“. Diese zeichne sich dadurch aus, dass auch verfassungsrechtlich garantierte Formen des Protests wie Petitionen, Demonstrationen und Streiks als Gefahr gesehen würden. Beim Erhalt der sozialen Stabilität verlasse man sich nicht auf das Rechtssystem, sondern greife zurück auf Ideologie und soziale Kontrolle, bis hin zur Gewalt. Dies löse eine Spirale der Unzufriedenheit und Aggression aus, die sich in immer häufigeren sozialen Unruhen und eruptiven Gewaltausbrüchen äußere.<sup>50 51</sup> In einer Rede vor der Beijing Lawyers Association Dezember 2009 betonte Yu, dass es nur eine Lösung gäbe:

*„In light of this situation, there are two most basic choices. The first is that anxiety about these [potential] catastrophic consequences will spur all interested groups into working towards a rational compromise; they will use reason to search for a baseline that everyone can agree upon. The second is that maybe because this compromise does not occur, [China] will experience fundamental, revolutionary upheaval. From the look of the current situation, the vast majority of Chinese people hope that social conflicts can be reined in, which is to say that the majority of people hope that China does not experience large-scale social upheaval. The question is how all levels of Chinese society, especially levels that have clashes of interests and clashes of political power, will make the necessary compromises to benefit society's structural stability. [...] Society must form a consensus on how to make the constitution the cornerstone of China's social stability.“<sup>52</sup>*

## „Das Recht muss über dem Himmel stehen“

Beiträge in staatlichen Publikationen widmen sich verstärkt den Zusammenhängen zwischen systemimmanenter Korruption, Machtmissbrauch und dem sinkenden Vertrauen der Bevölkerung in staatliche Institutionen. In richtungsweisenden Publikation wie *Outlook*, *Qiushi* sowie der *Study Times*, ist Good Governance ein hochaktuelles Thema.<sup>53</sup> Zum Großteil werden kosmetische Reformen wie eine bessere moralische Erziehung und klarere Vorgaben für Kader gefordert, wie z.B. der kürzlich neu aufgelegte ethische Verhaltenskodex für Kader, sowie strengere Kontrollen und härtere Strafen für Korruption und Amtsmissbrauch.<sup>54</sup> Doch ebenso werden Stimmen laut, die in der Zähmung staatlicher Exekutivgewalt einen unumgänglichen Schritt sehen, um das Vertrauen der Bevölkerung zurückzugewinnen, den Machtanspruch der KPCh zu legitimieren und die Regierungsgewalt nachhaltig zu konsolidieren.<sup>55</sup> So betont auch Hou Shaowen, Rechtswissenschaftler an der Hochschule des ZK die Notwendigkeit politischer Reformen:

<sup>48</sup> [http://www.nqd.org.cn/content.asp?news\\_id=3854](http://www.nqd.org.cn/content.asp?news_id=3854), abgerufen am 15.03.2010.

<sup>49</sup> <http://www.watoday.com.au/business/its-who-yu-know-20100228-pb9s.html>, abgerufen am 15.03.2010.

<sup>50</sup> <http://www.blogchina.com/20100311904349.html>, abgerufen am 15.03.2010.

<sup>51</sup> <http://www.chinaelections.org/Newsinfo.asp?NewsID=169507>, abgerufen am 15.03.2010.

<sup>52</sup> <http://chinadigitaltimes.net/2010/03/you-jianrong-%E4%BA%8E%E5%BB%BA%E5%B5%98-maintaining-a-baseline-of-social-stability-part-8/>, abgerufen am 22.03.2010.

<sup>53</sup> [http://www.lwdf.cn/oriental/current\\_events/201003181547570.htm](http://www.lwdf.cn/oriental/current_events/201003181547570.htm), [http://www.lwdf.cn/oriental/current\\_events/20100304161835377.htm](http://www.lwdf.cn/oriental/current_events/20100304161835377.htm),

[http://www.qstheory.cn/zz/shzyzzzd/201003/t20100323\\_25020.htm](http://www.qstheory.cn/zz/shzyzzzd/201003/t20100323_25020.htm), [http://www.qstheory.cn/zz/jsfwxzf/201003/t20100319\\_24534.htm](http://www.qstheory.cn/zz/jsfwxzf/201003/t20100319_24534.htm),

[http://www.qstheory.cn/zz/jsfwxzf/201003/t20100319\\_24534.htm](http://www.qstheory.cn/zz/jsfwxzf/201003/t20100319_24534.htm), abgerufen am 23.03.2010.

<sup>54</sup> <http://www.welt.de/politik/ausland/article6542350/Peking-verordnet-der-Partei-neuen-Verhaltenskodex.html>, abgerufen am 26.02.2010.

<sup>55</sup> <http://www.atimes.com/atimes/China/LB26Ad01.html>, abgerufen am 01.03.2010.

*„In der Praxis muss erreicht werden, dass die Partei auf dem Gebiet der Verfassung und des Rechts den juristischen Vorgaben folgt, für deren Aufrechterhaltung sie steht. Nur so kann die Partei selbst zur Triebkraft für das Land auf dem Weg der Verrechtlichung werden. Es muss sicher gestellt sein, dass ‚das Recht höher steht als der Himmel‘ und dessen Gültigkeit und Anwendung garantiert ist. In Hinblick auf die institutionelle Beschaffenheit muss ausgeschlossen werden, dass Macht über das Gesetz gestellt oder ausgenutzt werden kann, um den Rechtsraum zu manipulieren.“*

Anwälte und Rechtsexperten betonen, dass der unbedingte Schutz der Bürgerrechte und ein höheres Maß an juristischer Autonomie notwendige Voraussetzungen zur Wahrung der sozialen Stabilität sind und fordern weitere Gesetzesreformen. Ihre Kritik richtet sich hauptsächlich gegen generelle Defizite im Verfahrensrecht, die die Chance auf ein faires Verfahren für Angeklagte gravierend einschränken. So haben Verteidiger weit weniger Rechte und Zugangsmöglichkeiten zu Informationen als die Staatsanwaltschaft und Zeugenaussagen werden nur verlesen. Der Angeklagte hat nicht das Recht zu schweigen, um sich nicht selbst zu belasten. Darüber hinaus kann auch widerrechtlich erlangtes Material als Beweismittel vorgelegt werden. Der Grundsatz in dubio pro reo gilt nicht. Gesetze betreffend der „Subversion gegen die Staatsgewalt“ und des „Besitzes und der Weitergabe von Staatsgeheimnissen“ bieten Freiraum für staatliche Willkür, gegen die aufgrund bestehender rechtlicher Defizite und der mangelnden justischen Unabhängigkeit kaum eine wirkungsvolle Verteidigung aufgebaut werden kann. Die Gesetze sind ungenau abgefasst und geben unzureichende Anhaltspunkte, welche Handlungen Straftatbestände darstellen. Bislang war es in Verfahren um „Staatsgeheimnisse“ sogar möglich, auch Dokumente, die zuvor frei zugänglich waren, rückwirkend als geheim zu klassifizieren und dies strafrechtlich geltend zu machen. Hinzu kommt, dass in „politisch relevanten“ Verfahren das Informationsrecht der Öffentlichkeit und bestimmte Rechte des Angeklagten automatisch außer Kraft gesetzt werden, was die Verteidigung in derartigen Fällen in hohem Maße erschwert.<sup>56</sup>

Nach Untersuchungen der Hongkonger Duihua Foundation wurden 2009 ca. 1150 Personen wegen Subversion festgenommen, ca. 1050 Personen wurden schuldig gesprochen. Dies stellt einen Rückgang gegenüber dem Jahr 2008 mit 1712 Verhaftungen und 1407 Verurteilungen dar. Dennoch wurden in den beiden Jahre mehr Personen für diesen Strafbestand strafrechtlich verfolgt, als in den Jahren 2003-2007. Dies legt nahe, dass in politisch brisanten Zeiten derartige Verfahren verstärkt angestrengt werden.<sup>57</sup>

Trotz bestehender rechtlicher Defizite versucht eine immer größere Zahl an Anwälten die Bürgerrechte einzuklagen – auch in politisch sensiblen Fällen –, um dadurch in den Gerichtssälen selbst auf eine weitere Verrechtlichung hinzuwirken. Einer der Vorreiter der *Weiwan*-Bewegung (wörtlich: Wahrung der Rechte), in der sich Anwälte seit 2003 engagieren, ist Mo Shaoping, Gründer einer der bekanntesten chinesischen Anwaltskanzleien. Mo hat in seiner über 15-jährigen juristischen Tätigkeit in diesem Feld keinen Prozess gewonnen, doch für ihn ist bereits das Recht auf anwaltlichen Beistand eines der grundlegenden Menschenrechte, für die er eintritt. Seine Kanzlei übernahm die Verteidigung von Liu Xiaobo, Feng Zhenghu und Huang Qi. Der Anwalt Li Boguang setzt sich seit 2003 für die Rechte zwangsenteigneter Bauern ein und übernahm die Verteidigung Zhang Xupings.<sup>58</sup> Pu Zhiqiang, Anwalt der auf Fälle von Meinungsfreiheit spezialisierten Pekinger Kanzlei Huayi, verteidigte den Sichuaner Aktivisten Tan Zuoren.<sup>59</sup> Yan Yiming, Gründer einer der erfolgreichsten Kanzleien des Landes, versucht bereits seit Januar 2009 mit wiederholten Anträgen eine Offenlegung der Finanzmittel und Projekte im Rahmen des Konjunkturpaketes zu erwirken und prüft so die 2008 erlassenen Gesetze für mehr Transparenz auf deren Wirksamkeit.<sup>60</sup> Wenn auch einige der Anwälte zu den Unterzeichnern der „Charta 08“ gehören, stellt sich die Mehrheit der Bürgerrechtsanwälte sich nicht gegen das System, sondern betont lediglich die Notwendigkeit, das formal bestehende Recht auch umzusetzen.<sup>61 62</sup>

<sup>56</sup> <http://english.caing.com/2010-02-09/100117003.html>, abgerufen am 10.02.2010.

<sup>57</sup> <http://www.duihua.org/2010/03/official-data-show-state-security.html>, abgerufen am 16.03.2010.

<sup>58</sup> [http://www.kingdomlawfirm.com/qwis/2008/0510/article\\_2.html](http://www.kingdomlawfirm.com/qwis/2008/0510/article_2.html), aufgerufen am 23.03.2010.

<sup>59</sup> <http://cmp.hku.hk/~pu-zhiqiang/>, abgerufen am 22.03.2010.

<sup>60</sup> [http://www.china.org.cn/business/news/2009-01/14/content\\_17107349.htm](http://www.china.org.cn/business/news/2009-01/14/content_17107349.htm), 24.03.2010.

<sup>61</sup> <http://www.nytimes.com/2009/12/23/world/asia/23iht-lawyer.html>, abgerufen am 18.03.2010.

<sup>62</sup> <http://www.atimes.com/atimes/China/LB26Ad01.html>, abgerufen am 28.02.2010.

Viele der Anwälte und Rechtsexperten wissen die neuen Medien für sich zu nutzen und schaffen sich mit Blogs und Webseiten einen öffentlichen Raum, in dem Rechtsfälle und Fortschritte dokumentiert und Probleme diskutiert werden.<sup>63</sup> Ihre Bemühungen zielen auch darauf ab, bei der Bevölkerung ein stärkeres Bewusstsein für die Bedeutung der Bürgerrechte zu schaffen. Eine wichtige Plattform war die Seite der Open Constitution Initiative (*Gongmeng*), einer NGO unter Leitung des bekannten Anwalts und Abgeordneten Xu Zhiyong. Die Einstellung der Website infolge der zwangsweisen Schließung der Organisation Ende Juli 2009 wurde allgemein als Startschuss eines härteren Vorgehens gegen derartige juristische Initiativen interpretiert.<sup>64</sup> Anwälte, die sich der Verteidigung politisch sensibler Fälle annehmen, sehen sich oft selbst Repressionen ausgesetzt. So wurde beispielsweise im vergangenen Jahr allein in Peking mindestens siebzehn Anwälten und drei Kanzleien die Verlängerung der jährlich zu erneuernden Lizenz verweigert.<sup>65</sup> Anwälte berichten immer wieder, dass sie angewiesen worden seien, bestimmte Fälle nicht zu verfolgen. Dass der Druck auch bis zu tätlichen Übergriffen reichen kann, zeigt der Fall Gao Zhisheng.<sup>66</sup>

## Tendenzen und Perspektiven

Wenn Staatspräsident Hu Jintao und Premierminister Wen Jiabao 2012 ihre Amtszeiten vollenden, wird sich ein politischer Wechsel in der chinesischen Regierung vollziehen. Nicht nur auf der zentralen Regierungsebene ist man bemüht, keine Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Übertragung der Macht auf die nächste Generation aufkommen zu lassen. Es wird kein Zweifel daran gelassen, dass trotz wirtschaftlicher Freiheiten und potentieller politischer Reformen innerhalb der Partei kein Entwicklungsspielraum für westliche Systeme der Gewaltenteilung und Demokratie besteht. Diese Position wird durch das hohe Strafmaß für Personen, die Entscheidungen der KPCh und damit das bestehende politische System in Frage zu stellen scheinen, untermauert. Angesichts der innenpolitischen Herausforderungen kann und will man in Hinblick auf das Thema Menschenrechte keine Rücksicht auf die Befindlichkeiten des Auslands nehmen.

Vor diesem Hintergrund werden sich Beamte auf Lokal- und Provinzebene in Hinblick auf ihre Aufstiegschancen nur bedingt erlauben können, legale Formen des Protests zuzulassen oder Probleme und Missstände offiziell anzuerkennen. Während landesweit daran gearbeitet wird, den Rechtsapparat weiter auszubauen, Fachpersonal zu trainieren und Deeskalationsworkshops für juristisches Personal sowie lokale Kader anzubieten, wird zeitgleich der Sicherheitsapparat verstärkt. In den vergangenen Monaten drangen immer wieder Informationen über den Aufbau weitflächiger Informantennetzwerke an die Öffentlichkeit. Diese seien notwendig, um präventiv arbeiten und bei erkanntem Konfliktpotential schnell reagieren zu können.<sup>67</sup> Doch auch diese Apparate bleiben an die lokalen Regierungen angebinden und der öffentlichen Kontrolle entzogen.

Je mehr Informationen über potentielle Gefahren für die soziale Stabilität gesammelt werden, desto unsicherer erscheint die gesamtgesellschaftliche Lage und der politische Druck wird noch erhöht – wie sich in der verstärkten Einschränkung des öffentlichen Diskurses zeigt. Da weder der Rechtsapparat noch die Medien als Korrektiv auf Vorgehensweisen der Regierung wirken können, erst recht nicht auf unterer Ebene, wird sich diese Tendenz wohl zunächst verstärken.

Dennoch vertreten immer mehr Rechtsexperten, Anwälte, Forscher und Entscheidungsträger offenen Standpunkt, dass das chinesische Rechtssystem den Rahmen für den Aufbau einer sozial gerechteren und damit stabilen Gesellschaft bieten kann und muss. Die Tatsache, dass Anwälte mit zum Teil drastischen Mitteln daran gehindert werden Gerichtssäle zu betreten, spricht dafür, dass sie dort noch einiges ausrichten können. Oder, der verschwundene Gao Zhisheng es einmal beschrieb:

*„Das Recht ist die einzige Waffe, die wir haben.“<sup>68</sup>*

<sup>63</sup> <http://twitter.com/Puzhiqiang>, <http://blog.sina.com.cn/liuxiaoyuan>, <http://blog.sina.com.cn/hewEIFang>, <http://blog.sina.com.cn/yanYimingyym>, abgerufen am 22.03.2010.

<sup>64</sup> [http://www.huffingtonpost.com/elizabeth-lynch/xu-zhiyong-and-what-his-d\\_b\\_261440.html](http://www.huffingtonpost.com/elizabeth-lynch/xu-zhiyong-and-what-his-d_b_261440.html), abgerufen am 16.03.2010.

<sup>65</sup> <http://china.blogs.time.com/2009/06/05/lawyers-under-the-gun/>, 21.03.2010.

<sup>66</sup> <http://www.cecc.gov/pages/hearings/2009/20091007/dclarke100709.pdf>, abgerufen am 26.02.2010.

<sup>67</sup> <http://www.guardian.co.uk/world/2010/feb/10/china-police-informants-surveillance>, abgerufen am 20.03.2010.

<sup>68</sup> <http://www.npr.org/templates/story/story.php?storyId=103733164>, abgerufen am 17.03.2010.

HERAUSGEBER: CHRISTIAN J. HEGEMER, LEITER IBZ  
AUTORIN: KATJA DRINHAUSEN  
REDAKTION: ARNFRIED GRIESBAUM  
LAZARETTSTR. 33 – 80636 MÜNCHEN –  
TEL.: +49 (0)89 1258-0 – FAX: +49 (0)89 1258-359  
E-MAIL: [GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE](mailto:GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE) – HOMEPAGE: [WWW.HSS.DE](http://WWW.HSS.DE)  
ERSTELLT AM: 25.03.2010